

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Redaktion: Ami Dresden Nr. 31302
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Konto: Stadtkont Dresden, Straßße Blasewitz Nr. 606
Postfach-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählan, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederporitz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Dreyer, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Er scheint täglich mit den Beilagen: Ami, Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 8 Spalten Post-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Restamen die 4 Spalten Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Restamen mit Postvorschriften und schwierigen Sacharten werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeile fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Abbestellungsfrist: d. verpfl. Zahlung, Klage od. Kontur d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

183

Sonnabend, den 8. August

1925

Die Verabschiedung der Steuervorlagen

Die neue Steuergesetzgebung das Fundament der Erfüllungspolitik. — Das Problem des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern gelöst. — Der Sieg des Reichsfinanzministers.

Deutscher Reichstag

114. Sitzung vom 7. August 10 Uhr vormittags.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Steuervorlagen. Präsident Lohse teilt den Beschlüssen des Reichstages mit, wonach bei der dritten Beratung jeder Fraktion eine Redezeit von insgesamt drei Stunden zugewiesen wird.

Erst die Stimmen der Kommunisten wird der Vorschlag des Reichsfinanzministers angenommen.

Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieffen leitet die dritte Beratung ein. Wir stehen — so führt er aus — vor der abschließenden Beratung der Finanzreform, eines Gesetzgebungsaktes, das fast alle Gebiete unseres Steuerrechts sachlich neu ordnet und gleichzeitig das Verhältnis von Reich, Ländern und Gemeinden zu den Steuern und Steuern Deutschlands allgemein regelt. Gewiß werden viele unter Ihnen die sozialpolitischen und sozialökonomischen Wünsche, mit denen Sie in die Arbeit hineingetragen sind, nicht voll erfüllt sehen. Sie fühlen deshalb die schwere Last der Verantwortung. Wenn wir aber einmal das Werk als untrennbares Ganzes betrachten, so wird mit ihm doch eines unumwandelbar erreicht:

der Abbau einer wirtschaftlich schädlichen, aus der Not schwerer Zeit heraus abgelehnter Besteuerung, die Rückkehr aus einem Steuerlabyrinth, das vor Einzelrechten in die Substanz nicht zurückzuführen konnte, zu normaler Steuerwirtschaft.

Das bedeutet im Bereiche des Möglichen die Wiederaufrichtung des Grundgesetzes, daß die Steuerleistung sich nach dem wirklichen Ertrage der Wirtschaft, nach der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen, bei dem Reformwerk handelt es sich im Grunde nicht darum, neue Steuerlasten auf das deutsche Volk zu legen. Es handelt sich vielmehr um eine Umformung und zum Teil Senkung der Steuerlasten, die während der Inflationszeit und der Zeit der Wiederaufrichtung der Währung überlagert werden mußten.

Am Besten, hier das möglich zu machen, liegt die Gewähr der Arbeitsplätze, die wir uns geben können. Von dem aufrechten Willen geleitet, den Wünschen der Länder entgegenzukommen und die Sorge um ihren Haushalt und um die Sicherstellung ihrer kulturellen und sozialen Aufgaben möglichst zu mildern habe ich mich bereit erklärt, den Gedanken der Garantie für das den Ländern notwendige Steueransehen auszubauen.

Nach dem Wege, der jetzt gefunden ist, soll die Garantie des Reiches sowohl eine Garantie für die Umlagesteuer als auch eine solche für die Gesamtsumme umfassen. Die Reichsregierung glaubt, mit diesem erneuten Zugeständnis beweisen zu haben, wie sehr es ihr am Herzen liegt, in diesen großen Fragen der Gesamtstaatlichkeit von Reich, Ländern und Gemeinden auch in Zukunft auf gemeinsamem Boden mit den Ländern zu stehen und den Bedürfnissen der Länder bis an die Grenze des Möglichen zu genügen.

Wenn durch die angestrengte Arbeit dieses hohen Hauses der Reform jetzt das Gelingen gesichert wird, dann gebührt allen denen Dank, die trotz ihrer Zweifel am einzelnen das Zustandekommen in diesem Hause ermöglicht haben.

Abg. Dr. Herz (Soz.): Im Gegensatz zu der Rede des Ministers müssen wir erklären, daß die Steuervorlagen nicht das Werk sachlicher Notwendigkeit, sondern rein parteipolitischer Vereinbarungen sind. Sie sind das Ergebnis zahlreicher Verhandlungen über Zölle und Steuern, deren einzelne Teile das Licht der öffentlichen Kritik zu scheuen haben. (Beifällige Zustimmung links.) Die Besprechungen des Reichsfinanzministers, aus die sich hier die Beratungen fügen, haben absichtlich den Ertrag der Besteuerungen zu hoch, den Ertrag der Verbrauchssteuern und vor allem der Lohnsteuer zu niedrig eingeschätzt. Das neue Steuergesetz bringt eine fälschliche Senkung der Besteuerung, aber eine neue Mehrbelastung des Verbrauches durch diese Steuerpolitik, die bemüht die Bildung großer Vermögen begünstigt, die Bildung kleiner Vermögen erschwert. Die Lohn- und Gehaltsempfänger bringen zwei

Die englisch-französische Ministerzusammenkunft

England gegen den französischen Optimismus

Der Optimismus, der in Pariser politischen Kreisen über die Reise Briands nach London herrscht und von der man sich in Paris weitestgehend verheißt, wird in der englischen Presse scharf bekämpft. So schreibt der diplomatische Vertreter des Daily Telegraph u. a.: Es sei nicht anzunehmen, daß die Beziehungen zwischen Chamberlain und Briand zu einem definitiven Resultat führen würden. Der englische Außenminister werde sich darauf beschränken, die französische Antwortnote zu prüfen. Das provisorische englische Übereinkommen würde natürlich Deutschland nicht hindern können, im Laufe einer Konferenz seinen endgültigen Sicherheitsvorschlag vorzulegen, da Deutschland es ja gewesen wäre, das den Vorschlag gemacht hat. Es sei ein Irrtum, wenn Frankreich glaube, daß England durch die Verhandlung zwischen Chamberlain und Briand sich die Hände gebunden habe. Chamberlain habe bereits klare und präzise Vorbehalte zur französischen Antwortnote gemacht, die sich sowohl auf die Note in ihrer Gesamtheit als auch auf einzelne Paragraphen derselben

Drittel der gesamten Steuern auf. Der Vorschlag ein Drittel, die Arbeiter zwei Drittel (Hört, hört!) In derselben Zeit, in der der Minister erklärt, das Reich habe kein Geld, die Notlage der Beamten zu mildern, die Umlagesteuer weiter zu senken oder auf die drückendsten Verbrauchssteuern zu verzichten, in derselben Zeit hat die Minister der Großplan mit dem ein Drittel von 75,6 Millionen gemacht durch Ueberweisung dieser Summe an die Landwirtschaftliche Rentenbank. Das Zentrum hat in seinem Zollland mit der Rechte auf die berechtigten Forderungen der ihm nahestehenden christlichen Gewerkschaften in der Vorlage keine Rücksicht genommen.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) vermißt noch immer eine klare Antwort des Ministers auf seine früheren Ausführungen, worin er zahlenmäßig die Unrichtigkeit der Berechnungen des Finanzministeriums nachgewiesen habe. Die Steuerlasten dürften nicht die Funktion von Finanzpartei erfüllen. Wenn durch die schräge Steuerpolitik die öffentlichen Kassen gefüllt werden, der Wirtschaft aber das Kapital weit über den Staatsbedarf entzogen wird, so sieht dieser Vorgang den von der Regierungspartei so laut bekämpften Sozialisierungsbemühungen außerordentlich ähnlich.

Abg. Koenen (Komm.) gibt zu, daß die Regierung mit ihren Vorlagen das Ziel erreicht habe, die Wirtschaft steuerlich zu entlasten, das sei aber auf Kosten der Arbeitnehmer geschehen. Gewisse Industriezweige seien allerdings dem Auslande gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig. Von einer Not der Großgrundbesitzer und des Bankkapitals könne man aber nicht sprechen. Die Kleinbauern bedürften dagegen einer Befreiung ihrer Lage. Sozialdemokratie und Zentrum seien die eigentlichen Väter der Lohnsteuer, aus der jetzt der größte Teil der Staatseinnahmen herausgeholt werde. Auch die Umlagesteuer sei zum größten Teil von den Sozialdemokraten verschuldet worden.

Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieffen wendet sich gegen einige Ausführungen des Abg. Dr. Fischer. Es sei nicht möglich, jetzt einen langen Streit um Zahlen zu beginnen. Die Redezeit des Abg. Fischer, mit den Ueberprüfungen des letzten Jahres die kommenden Ausgaben zu bedenken, sei aber das Gegenteil einer vorläufigen Finanzpolitik. Die Finanzpolitik der Länder könne da anders vorgehen als die des Reiches. Der Mini-

ster betonte, er bemühe sich nicht nur, die Einnahmen zu erhöhen, sondern auch die Ausgaben zu vermindern.

Bedingungsloser Völkerverbundbeitritt Deutschlands

Ueber den Inhalt des französischen Entwurfs des Völkerverbundes äußert Petit Parisien, daß Briand an zwei Grundfragen unveränderlich festhält. Erstens, daß Deutschland bedingungslos in den Völkerverbund eintritt und zweitens, daß Frankreich das Recht haben muß, durch Deutschland zu marschieren, um Polen oder der Tschechoslowakei zu Hilfe zu kommen. Ferner muß Frankreich das Recht haben, Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn zu garantieren. Sobald in London zwischen Frankreich und England ein Einvernehmen hergestellt sein sollte, wird das Abkommen der belgischen, später auch der italienischen, japanischen, polnischen und tschechoslowakischen Regierung vorgelegt werden. Erst nach allen diesen Verhandlungen wird Deutschland die Note erhalten. Der belgische Außenminister Vandervelde teilte gestern offiziell mit, daß er der Konferenz zwischen Briand und Chamberlain nicht beiwohnen werde. Er werde Chamberlain späterhin einen Besuch abstatten.

Staatssekretär Fischer besuchte sich in längeren finanziellen Ausführungen mit der Vereinbarung zwischen Reich, Reichsbank und Rentenbank.

Abg. Seiffert (Soz.): Da die Regierungspartei alle Verbesserungsvorschläge, auch die vernünftigen, rücksichtslos ablehnen, halten wir es für zwecklos, zur dritten Beratung noch viel zu debattieren. Wir werden uns deshalb auf eine kurze Entschließung beschränken. In der Entschließung wird ausgeführt, die Steuervorlagen seien unannehmbar, weil sie bei der Umlage und bei der Verbrauchssteuer nicht den Abbau bringen, der angesichts der bevorstehenden Sozialvorlage dringend erforderlich ist.

Tamit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Einzelberatung. Bei der Einzelberatung wird auf Antrag Dr. Hordt (Soz. Fr.) der steuerfreie Verdienstsicherungsgewinn bei Gewerbebetrieben von 25 000 auf 10 000 Mk. herabgesetzt.

Auf Antrag der Abg. Frau Dr. Behm (Dnat.) wird mit Unterstützung aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten der Finanzminister ermächtigt, Bestimmungen darüber zu treffen, insoweit bei den Heimatarbeitern, deren Arbeitslohn die Freilage nicht übersteigt, der Steuerabzug vom Arbeitslohn zu unterbleiben hat. Ein Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums wird mit 237 gegen 177 Stimmen abgelehnt. Abgelehnt werden auch die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Herabsetzung der Steuerlasten und Erhöhung der steuerfreien Abzüge.

In der Schlußabstimmung wird das Einkommensteuergesetz in dritter Lesung als Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Körperschaftsteuergesetzes.

Abg. Neubauer (Komm.) bekämpft die Vorlage und stellt besonders das Zentrum wegen seiner Steuerpolitik an. Ohne weitere Debatte wird das Körpers-

chaftsteuergesetz nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen, ebenso das Vermögens- und Erbschaftsteuergesetz und das Reichsbewertungsgesetz. Nach der namentlichen Abstimmung über das Reichsbewertungsgesetz, das mit 261 gegen 56 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen wird, stellt Vizepräsident Graf fest, daß dieses Gesetz mit der für Verfassungänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit beschlossen sei. Es folgt dann die dritte Beratung des Verleumdungsgesetzes.

Änderung der Verleumdungsgesetze und des Verleumdungsgesetzes

Abg. Peine (Soz.) richtet gegen die Zentrumspartei und die Parteien des Reiches den Vorwurf, sie hätten in großem Widerspruch zu ihren Wahlversprechen die Linke im Kampf um die weitere Verabschiedung der Umlagesteuer im Stich gelassen.

Abg. Dr. Koch (Dem.) teilt gleichfalls die Umlagesteuer ab und bezeichnet als den wahren Vater der Steuervorlage den Reichskanzler Dr. Luther.

Von den Regierungsparteien wird die Änderung in einer Entschließung erbracht, wenn die Frage zu prüfen, ob die Handelsvertreter und -agenten nicht von der Umlagesteuer befreit oder entlastet werden könnten.

Abg. Brodau (Dem.) bezeichnet diese Entschließung als den Versuch einer Täuschung der Öffentlichkeit. Wenn die Regierungsparteien es ernst meinen, müßten sie für den Antrag auf Umlagesteuerbefreiung stimmen.

Abg. Koenen (Komm.) fragt an, ob es richtig sei, daß 40 v. H. der Umlagesteuer hinterzogen werden.

Ein Antrag der Sozialdemokraten auf Befreiung der Lebensmittel von der Umlagesteuer wird in namentlicher Abstimmung mit 238 gegen 154 Stimmen bei 233 Stimmenthaltungen abgelehnt. Abgelehnt wird auch der sozialdemokratische Antrag auf Herabsetzung der Umlagesteuer von 1 1/2 v. H. auf 1 v. H. Danach bleibt es bei dem Satze von 1 1/2 v. H. Die Entschließung der Regierungsparteien über die Handelsvertreter und -agenten wird angenommen.

Bier- und Tabaksteuer

Abg. Simon (Schwaben, Soz.) wendet sich nochmals gegen die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer.

Abg. Schred (Soz.) bekämpft die durch die Regierungsparteien getroffene Regelung für die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer arbeitslos werdenden Sacharbeiter, die absolut unzureichend sei.

Abg. Maier (Franken, Komm.) lehnt die Bier- und Tabaksteuer ab.

Abg. Lang (Bav. Sp.) abt namens der Regierungsparteien, unter denen sich auch der Abg. Tirnitz (Dnat. Sp.) befindet, eine Erklärung ab, daß diese Abordnungen der Erhöhung der Biersteuer nur unter Vorbehalt zustimmen könnten.

Damit schließt die Aussprache. In der Abstimmung werden die Änderungsanträge der Opposition abgelehnt.

Mit einer namentlichen Änderung wird die Vorlage auf Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen, und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Volkslichen.